

Auch damals schon: Kampf um Profit, Macht und Herrschaft weltweit

ZUM ÜBERFALL DER FASCHISTEN AUF DIE SOWJETUNION

Ausgangsbedingungen

Der während des zweiten Weltkrieges höchstdekorierte General der USA, Douglas Mac Arthur, schrie über das Ergebnis der Wende bei Stalingrad und über die nachfolgenden Ereignisse: „Alle Hoffnungen der Zivilisation richten sich auf die ehrwürdigen Banner der tapferen russischen Armee. Noch niemals hat es eine solche effektive Abwehr gegen schwerste Schläge eines unbesiegbar scheinenden Feindes und danach einen derartigen vernichtenden Schlag gegeben, der den Gegner in das eigene Land zurücktrieb. Ihrem Ausmaß und ihrer Größe nach ist dies eine der größten Errungenschaften der Geschichte“. Im Krieg gegen das koreanische Volk handelte er aber entgegengesetzt!

Auch der USA-Spitzendiplomat und Historiker G.F. Kennan schrieb, dass seit 1941 die Stimmung vorherrschend war, dass „der Ausgang des Krieges vollkommen von der Bereitschaft und Fähigkeit Russlands abhinge, dem deutschen Angriff zu widerstehen“.

Das bedeutete aber nicht, dass sie die imperialistischen Ziele ihrer Staaten aufgegeben hätten. Der Antikommunismus blieb bestimmend für ihre Handlungen, die zum Überfall auf die Sowjetunion führten.

Im Jahre 1942 schrieb W. Churchill, führender Politiker dieser Generation, an den britischen Außenminister, dass es sein Hauptziel sei, Deutschland und die Sowjetunion aus dem Lager der bedeutenden Hauptmächte auszuschalten. Weder die USA noch Großbritannien würden sich bei Kriegsende „verausgabt“ haben. Vielmehr würden sie in „militärischer und politischer Hinsicht der mächtigste Block sein, den die Welt je gesehen hat.“ (Was ja 1949 in Gestalt der NATO Wirklichkeit



wurde.) „Die Sowjetunion dürfte dann zur Überwindung der Kriegsschäden unsere Hilfe weit nötiger gebrauchen als wir die ihre“, führte er weiter aus. (Darauf hofften sie auch 1990 und tun es bis heute.)

Folgen

Das waren „westliche“ Positionen - in Kurzfassung. Die Politik zu ihrer Verwirklichung führte dazu, dass am 1. September 1939 der grausamste und blutigste Krieg der Weltgeschichte ausbrach. Die Hauptschuld an seiner Entfesselung trifft den Imperialismus.

Der zweite Weltkrieg begann als Zusammenstoß zwischen zwei Gruppierungen imperialistischer Staaten, mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939. Er begann im Rahmen des kapitalistischen Systems!

Die Hauptgefahr ging von den Ländern des aggressiven faschistischen Blocks aus, die einen Krieg um die Weltherrschaft und die Errichtung der räuberischen „neuen Ordnung“ führten. Es wuchsen die realen Gefahren nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für Frankreich, Großbritannien und auch für die USA.

Der wichtigste Unterschied zu 1914 bestand darin, dass es im Jahre 1939 den Kapitalismus als allein herrschendes Weltsystem nicht mehr gab. Die Sowjetunion war inzwischen zu einer mitbestimmenden internationalen Kraft und zum natürlichen Anziehungspunkt für die fortschrittlichen, antiimperialistischen Kräfte geworden.

Die Helfer

Am 22. Juni 1941 erfolgte der heimtückische Überfall des faschistischen Deutschland und seiner Verbündeten auf die Sowjetunion. Das faschistische Deutschland hat ihn durchgeführt, seine Verbündeten haben ihn unterstützt und die anderen imperialistischen Mächte hofften, den gesellschaftlichen, politischen sowie territorialen Gewinn einfahren zu können. Die „West“mächte haben Hilfe geleistet, indem sie die deutschen Rüstungsmonopole unterstützt haben, Vorschubleistung für die Militarisation Deutschlands leisteten und die Münchner Politik betrieben. Statt sich gegen die Aggression zu wenden, schlugen sie den politischen Kurs der „Befriedung“ ein.

Der Sinn ihres Verhaltens bestand im Antisowjetismus, in dem Bestreben, den Faschismus zur Beseitigung oder zumindest zur entschiedenen Schwächung des sozialistischen Staates auszunutzen.

Zu verlockend war das Angebot Hitlers, der programmatisch formuliert hatte: „Damit ziehen wir Nationalsozialisten bewußt einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit. Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. ... Nicht West- und nicht Ostorientierung darf das künftige Ziel unserer Außenpolitik sein, sondern Ostpolitik im Sinne der Erweiterung der notwendigen Scholle für unser Volk“. Und er wird noch deutlicher: „Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken“.

Die abgrundtiefe Menschenverachtung der faschistischen Konzeption wird auch aus den Ausführungen Hitlers während einer Besprechung mit Göring, von Neurath, Raeder u.a. am 5. November 1937 deutlich, die das Thema „Lebensraum“

behandelte: „Es handelt sich nicht“, so Hitler, „um die Gewinnung von Menschen, sondern von landwirtschaftlich nutzbarem Raum. Auch die Rohstoffgebiete sind zweckmäßiger im unmittelbaren Anschluss an das Reich in Europa und nicht in Übersee zu suchen, wobei die Lösung sich für ein bis zwei Generationen auswirken müsse.“

Man bedenke: Trotz Weltkrieg, der diese Konzepte bestätigte, gibt es auch heute noch Leute, die behaupten, Hitler habe den Krieg eigentlich gar nicht gewollt!

Damit stieß Hitler auf offene Ohren – sowohl bei den Westmächten als auch bei den deutschen Monopolen. Schon am 27. Januar 1927, nach einer Rede Hitlers im Industrieklub Düsseldorf, erklärte der Chef des deutschen Stahltrusts, Fritz Thyssen, „Die Rede machte auf die anwesenden Industriellen tiefen Eindruck, und als Folge davon flossen eine ganze Anzahl großer Bezüge aus Mitteln der Schwerindustrie in die Kassen der Nationalsozialistischen Partei“. Er musste es ja wissen!

Der Faschismus ist also das bewusst herbeigeführte Produkt der Monopole, um Klassenherrschaft zu sichern und die Expansion des deutschen Imperialismus zwecks Profit und Weltherrschaft durchzuführen.

Fall Barbarossa

Schon am 18. Dezember 1940 gab Hitler die Weisung Nr. 21 heraus, die auch von Jodl und Keitel signiert war, und in der die Vollendung aller Vorbereitungen im Zusammenhang mit der Durchführung des „Falles Barbarossa“ für den 15. Mai gefordert wurde. Die Weisung lautete: „Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England, Sowjet-Russland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen. ... Entscheidender Wert ist jedoch darauf zu legen, dass die Absicht eines Angriffs nicht erkennbar wird“.

Unter der Leitung von Göring wurde ein wirtschaftlicher Stab für die Ostgebiete gegründet. Die Umriss für die künftige politische und wirtschaftliche Organisation der besetzten Gebiete wurde von Rosenberg ausgearbeitet. Die Pläne sahen die Zerstörung und die Aufteilung der Sowjetunion als unabhängigen Staat, sowie die Gründung sogenannter Reichskommissariate und die Umwandlung Estlands und Lettlands, Weißrusslands und anderer Gebiete in deutsche Kolonien vor.

Im Mai 1941 wurde mit dem rumänischen Ministerpräsidenten Antonescu ein Abkommen abgeschlossen, in dem ihm als Lohn für die aktive Beteiligung am Krieg

gegen die Sowjetunion sowohl Bessarabien, die nördliche Bukowina, als auch das Recht versprochen wurde, Sowjetgebiete bis zum Dnjepr zu besetzen.

Fazit: das faschistische Deutschland hatte eindeutige Pläne ausgearbeitet und Kräfte mobilisiert, um den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion zu beseitigen, um zu verhindern, dass er sich weiter in Europa und darüber hinaus ausbreitet. Die UdSSR als politische und militärische Macht sollte zerstört und ihre Staatlichkeit aufgehoben werden, um den deutschen Imperialismus nach Belieben nach dem Osten ausdehnen zu können, um seine Ziele als Weltmacht zu erreichen.

Die Pläne für die wirtschaftliche Ausbeutung der UdSSR, für die Deportation und Vernichtung großer Bevölkerungsteile, für die Ermordung der Kommissare und politischen Würdenträger, all das war Teil des sorgfältig vorbereiteten Plans, der am 22. Juni 1941 ohne irgendwelche Warnung und ohne den Schatten einer rechtlichen Entschuldigung in die Tat umgesetzt wurde. Es war eine Aggressionshandlung!

Der Überfall

Am 22. Juni 1941 begann das faschistische Deutschland ungeachtet des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes den Krieg gegen die Sowjetunion. Sie überschritten in mehrere Richtungen die Staatsgrenze und stießen tief in sowjetisches Gebiet vor.

Die Sowjetunion kämpfte um Leben oder Tod. Der Große Vaterländische Krieg des Sowjetvolkes für seine Ehre, Freiheit und Unabhängigkeit begann.

Im Sommer und Herbst 1941 führte die Sowjetarmee unter äußerst schwierigen Bedingungen vorwiegend Verteidigungskämpfe und zog sich immer weiter zurück. Im Nordwestabschnitt bis Leningrad, im Westabschnitt bis Moskau und im Südwestabschnitt bis Rostow am Don. Das Baltikum, Belorussland, die Moldaurepublik, der größte Teil der Ukraine und große Gebiete des Westens der RSFSR wurden von den faschistischen Truppen erobert. Millionen Sowjetmenschen gerieten unter das Joch der faschistischen Okkupation. Dem Sowjetland drohte tödliche Gefahr.

Es bedurfte unvorstellbarer Anstrengungen, eines unbeugsamen Willens, größter Standhaftigkeit und Tapferkeit der Sowjetsoldaten und des ganzen Volkes, um die Schwierigkeiten der ersten Monate zu meistern und den Eindringling zum Stehen zu bringen. Die faschistischen Truppen waren bis zum 10. Juli 450 bis 600 Kilometer vorgedrungen. Am 1. Juli

schrrieb der Chef des Generalstabes des OKH, Generaloberst Halder, in sein Tagebuch: „Es ist also nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, dass der Feldzug gegen Russland innerhalb von 14 Tagen gewonnen wurde. Natürlich ist er damit noch nicht beendet. Weite des Raumes und die Hartnäckigkeit des mit allen Mitteln geführten Widerstandes werden unsere Kräfte noch viele Wochen beschäftigen“.

Halder war aber der Meinung, dass es sich nach der Überwindung der Dwina und des Dnepr „weniger um die Vernichtung feindlicher Streitkräfte handeln wird, als darum, dem Gegner seine Industriegebiete zu nehmen und ihm keine Möglichkeit zu lassen, die Riesenkapazität seiner Industrie und seine unerschöpflichen Menschenreserven auszunutzen, um neue Streitkräfte zu schaffen“.

Wie sehr sich die Eindringlinge geirrt haben, verdeutlicht ein Bericht des Stabes der Heeresgruppe Mitte an das Oberkommando des Heeres am 29. Juni, also fast parallel: „Die Vollendung der Vernichtungskämpfe im Osten wird sich wesentlich von den Kämpfen im Westen unterscheiden. Wenn im Westen und im Polenfeldzug die eingeschlossenen Kräfte des Gegners mit Beendigung der Kämpfe im großen und ganzen fast freiwillig hundertprozentig in die Gefangenschaft gingen, so wird das hier vollkommen anders vor sich gehen. Ein großer Prozentsatz der Russen verbirgt sich in großen, teilweise nicht durchkämmten Gebieten, in Wäldern, auf Feldern, in Sümpfen usw. Dabei werden ganze Bataillone mit voller Bewaffnung noch einige Zeit in solchen Gebieten durch Partisanenabteilungen gefährdet sein. ... Der Grund hierfür liegt darin, dass die Russen sich im allgemeinen der Gefangenschaft entziehen“.

Die Faschisten haben sich in den sowjetischen Menschen getäuscht. Sie wollten den Boden der Ukraine und der anderen Republiken, die Krim und Odessa, und alle ihre Reichtümer. Der Mensch war nur ein Mittel, ein Instrument! Leider ist es nicht nur Geschichte!

Um das Eigentum der Monopole, ihre Macht und Herrschaft zu vermehren, werden Menschen missbraucht. Es wurde nicht nur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sondern Vernichtung des Menschen durch den Menschen, Ausrottung ganzer Menschengruppen angestrebt und praktiziert.

Der dann folgende Gegenschlag der UdSSR und ihrer Alliierten haben das mit der Vernichtung des Faschismus verhindert!

Prof. Dr. Anton Latzo



Liebe Genossen, liebe Freunde!

Heute, am 8. Mai, jährt sich der Tag der Befreiung Deutschlands von Faschismus zum 79. Mal – ein Grund zur Freude, viel mehr noch aber ein Grund, der Opfer zu gedenken und Lehren aus Faschismus und Krieg zu ziehen.

Unser besonderer Dank gilt den Völkern der Sowjetunion. Den größten Anteil am Sieg der Alliierten hatte die Rote Armee. Die Sowjetunion hat in diesem Krieg 27 Millionen Menschen verloren, ihre Bevölkerung erlitt unsägliches Leid, Dörfer wurden niedergebrannt und das Land wurde verwüstet.

Wir gedenken hier am Ehrenfriedhof auch der 344 in Klosterfelde Gefallenen der Roten Armee, die bereits am 21. April 1945 das Wandlitzer Gemeindegebiet von der faschistischen Gewaltherrschaft befreiten.

Millionen Menschen waren Opfer des Naziregimes: 6 Millionen jüdische Menschen, 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion, hunderttausende Menschen in ganz Europa, die Widerstand gegen die Besetzung ihrer Heimatländer leisteten, Gegner der Nazis aus allen politischen Lagern und viele

weitere, die dem Terror und dem Krieg des deutschen Faschismus zum Opfer fielen.

Nach der Befreiung waren sich die meisten Menschen Europas einig: Nie wieder sollte es Faschismus und Krieg geben. Doch ihre Hoffnungen waren trügerisch, die Voraussetzungen für eine Welt des Friedens und der Freiheit wurden, allen Versuchen zum Trotz, nicht geschaffen. Heute herrscht wieder Krieg in vielen Ländern der Erde.

Wer den Sieg über den Faschismus leugnet, wer ihn kleinredet und verzerrt, der macht den Platz frei für seine Rückkehr. Nicht nur symbolisch. Ganz konkret.

Umso schändlicher ist es, wenn heute wieder deutsche Panzer gen Russland rollen. Der Faschismus ist zurück in Europa und anderen Teilen der Welt. Oder besser gesagt, er hat seine Tarnung aufgegeben, seinen Schafspelz abgelegt, hat sich demaskiert.

Es ist die schwerwiegende und folgenreichste Verharmlosung des deutschen Faschismus, der Massenmorde und Kriegspolitik, einen nationalen Sozialismus zu nennen. Tag für Tag wird im Westen und besonders auch in Deutschland



daran gearbeitet, Feindseligkeit gegen Russland, alles Russische aufzubauen, und mit äußerstem Eifer wird die faschistische Gesinnung der Ukraine gleichzeitig verdeckt und übernommen.

Wer heute an die Befreiung von Faschismus und Krieg erinnert, der Opfer gedenkt und den Befreiern dankt, der muss die richtigen Lehren ziehen: Nie wieder Faschismus und Krieg heißt:

Frieden und Freundschaft mit Russland, mit unserem Verstand und unserem Herzen. Es gibt keine Alternative zu Völkerverständigung, Verhandlungen und Abrüstung, um die Welt friedlicher und sicherer zu machen.

Die Forderung „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ ist heute so aktuell wie vor 79 Jahren und verlangt aktuell von uns, dass wir uns für Frieden mit Russland und Freundschaft mit den russischen Menschen einsetzen

*Druschba – Freundschaft mit Russland!
Hoch die internationale Solidarität!*

* * * AUS DER ARBEIT DES VORSTANDES * * *

Das für das Vereinsregister zuständige Amtsgericht Berlin-Charlottenburg hat die Eintragung der neuen Vorsitzenden der ISOR überraschend abgelehnt, da die ISOR-Satzung eine Kooptierung von Vorstandsmitgliedern nicht ausdrücklich vorsieht und nur die Vertreterversammlung zur Wahl des Vorstandes berechtigt sei. Unter diesen Bedingungen sah sich der Vorstand gezwungen, zeitnah eine außerordentliche Vertreterversammlung zur Wahl des Vorstandes einzuberufen, die am 18. September 2024 im ND-Gebäude stattfinden wird. Die TIG werden dazu noch ausführlich informiert. Jedes Mitglied der ISOR kann sich für den zu wählenden Vorstand bewerben

und muss dazu eine Stellungnahme seiner TIG beibringen. Diese Bewerbungen sollten spätestens bis Ende August 2024 bei der Geschäftsstelle eingereicht werden. Die außerordentliche Vertreterversammlung bietet Gelegenheit, die Satzung der ISOR den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Der Vorstand beriet erneut über die finanzielle Lage der ISOR und beschloss weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Ausgaben. Auch dazu wird die außerordentliche Vertreterversammlung weitere Beschlüsse fassen müssen.

Nach aufwändigen Recherchen wurde herausgefunden, dass der für unsere Beschwerde (siehe „ISOR aktuell 7/23“) zu-

ständige UN-Ausschuss nur in seltenen Ausnahmefällen schriftliche Eingaben bearbeitet. Deshalb wurde diese Beschwerde jetzt auf elektronischem Weg noch einmal übermittelt und zugleich ein Einreichungsfragebogen ausgefüllt. Dieser Ausschuss verfügt über kein eigenes Sekretariat und tagt nur zwei Mal im Jahr. Geduld ist also weiter angesagt.

Zu Ehrenmitgliedern der ISOR wurden in Würdigung ihrer Verdienste ernannt: Heinz Tischner und Dr. Ludwig Einicke (beide TIG Quedlinburg) und Heinz Krummey (TIG Chemnitz) für die langjährige, verantwortungsvolle, stets zuverlässige und einsatzbereite Arbeit in ihren TIG.



Unter diesem Thema führte die TIG Chemnitz am 22. März 2024 mit Gruppenbetreuern und Mitgliedern eine Beratung durch. Daran nahmen das Mitglied des Vorstandes unseres Vereins, Steffen Haupt, und der Vorsitzende unserer TIG teil.

Ziel der Veranstaltung war uns zu verständigen, ob die Bezeichnung „politische Heimat“ heute noch aktuell ist und welche Aufgaben wir daraus für die Arbeit der TIG ableiten.

Wir stellten übereinstimmend fest: Die Beschreibung des Inhaltes unseres Vereins als politische Heimat der Mitglieder ist heute mehr denn je gültig.

Erinnern wir uns. Die Gründung des Vereins und die Bestimmung seiner Satzung war objektiv erforderlich. Mit dem Untergang der DDR, ihrem Anschluss an die BRD, der Auflösung der bewaffneten Organe der DDR begann der massive Angriff gegen uns.

Die neue „politische Kaste“, darunter zahlreiche gewendete bis dahin gewesene DDR-Bürger, unternahm mit der politischen Elite der BRD, mit den Medien und anderen willigen Kräften eine massive Hetze, Verleumdung, Diskriminierung und Ausgrenzung gegen uns. Soziale Ausgrenzung, berufliche Benachteiligungen, versuchte juristische Maßnahmen gegen uns u.a. wurden stabsmäßig praktiziert. Diese Situation ist uns noch gut in Erinnerung. Viele dieser Maßnahmen wirken bis heute noch nach.

ISOR e.V. – politische Heimat seiner Mitglieder

Wir hatten mit Ausnahme weniger Einzelpersonen, darunter Genossinnen/ Genossen der Nachfolger der SED, keine Lobby, die sich dem entgegenstellte.

Wir waren veranlasst, uns selbst zu wehren. Und somit wurde der Verein unsere politische Heimat. Wir, die Mitglieder des Vereins, waren, wie es heute heißt, in der DDR „sozialisiert“, wie haben in den unterschiedlichen Sicherheitsorganen für die DDR, für eine gerechte und friedliche Gesellschaft unsere Pflicht erfüllt. Wie sagte Horst Parton, unser langjähriger Vorsitzender, sinngemäß: wenn wir nur daran gemessen würden, den Frieden gesichert zu haben, haben wir unsere Pflicht erfüllt.

Diese vorgenannten Sachverhalte wurden in unserer Beratung deutlich gemacht.

Und daraus leitet sich ohne Wenn und Aber ab: ISOR ist unsere politische Heimat. Das ist dem Verein und uns als Mitglieder nicht abzusprechen, auch wenn unsere Organisation parteiunabhängig wirkt.

Auch unser langjähriger juristischer Kampf, den wir nach umfassenden juristischen Gutachten berechtigt gegen das gegen uns verhängte Rentenunrecht, also die Nichtanerkennung der während der Zugehörigkeit zu den Sonderversorgungssystemen erworbenen Rentenansprüche führten und führen, war und ist eine politische Aufgabe. Erinnern wir uns an das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Aufhebung der verfassungswidrigen Rentenkürzung unter den Durchschnitt von 1,0 Rentenpunkten. Dort wird die Zuständigkeit für Regelungen der Anerkennung tatsächlich erworbener Ansprüche über den Durchschnitt dem Gesetzgeber zugeordnet.

Wir sind also damit höchst richterlich aufgefordert, die politische Auseinandersetzung mit dem „Gesetzgeber“ weiterzuführen.

Seit der Gründung unseres Vereins und unserer TIG haben wir uns solidarisch an zahlreichen Initiativen gesellschaftlicher Organisationen im Friedenskampf, gegen das Fortschreiten des Sozialabbaus, gegen Demokratieabbau beteiligt. Das waren und bleiben zutiefst politische Aufgaben. Damit verstehen wir unseren Beitrag aus unserem Verständnis zum Inhalt unseres Vereins als politische Heimat.

Wir haben in unserer Beratung zum Thema natürlich auch unsere klare Beziehung zum Verein, zu unserem freiwilligen Bekenntnis zur Mitgliedschaft bekundet.

Solidarität, Geschlossenheit, gegenseitige Hilfe, Aufrechterhaltung von persönlichen Kontakten sind wichtige Motive. Wichtig ist uns die Möglichkeit des Austausches von Informationen, von Erfahrungen, von Erlebnissen usw. mit denen wir uns für die Lebensgestaltung, für politische Entscheidungen und eben auch für Vorschläge zur Gestaltung der Vereinsarbeit inspirieren.

Zu diesem Komplex unterbreiteten Teilnehmer unserer Beratung den Vorschlag, eigentlich den Wunsch, Möglichkeiten zu finden, noch regelmäßiger Zusammenkünfte zu organisieren. Das sollte reichen von Informationsveranstaltungen (z.Bsp. vielseitige Hilfsangebote), interessante Buchvorstellungen, bis hin zu unterhaltsamen Treffen. (warum nicht auch in der Adventszeit, Jahrestage). Notwendig gesehen werden auch und besonders die Einbeziehung alleinstehender Mitglieder oder Hinterbliebener verstorbener Mitglieder. Hier sind der Vorstand der TIG und alle Freundinnen/Freunde gefordert, Vorschläge zu unterbreiten. Das setzt natürlich auch voraus, Interessenlagen unserer Mitglieder zu kennen.

Der Vorstand der TIG wird sich in seinen Beratungen zu Fragen der weiteren inhaltlichen Gestaltung des Charakters unseres Vereins als politische Heimat beschäftigen. Dazu werden interessierte Mitglieder, u.a. Gruppenbetreuer, eingeladen. P. Eichler

Genosse Gerhard Langguth schrieb gestern an die Berliner Innensenatorin (per E-Mail an Iris Spranger: senatorin@seninnsport.berlin.de):

Sehr geehrte Frau Senatorin,

als Nachkomme des Gründungsvaters der deutschen Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, meinem Ur-Ur-Ur-Urgroßonkel, bin ich über die politische Entscheidung, der unter Ihrer Führung, als Sozialdemokratin, stehenden Berliner Polizei sehr empört!

Gemäß der Allgemeinverfügung zum Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus wird,

unter Strafdrohung, verboten, die Fahne des Siegers im Kampf mit dem deutschen Faschismus, der UdSSR, zu zeigen!

Wer aber die Fahne des Siegers verbietet, stellt sich auf die Seite des Verlierers, also des Hitlerfaschismus, was dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland widerspricht und damit gegen den Dienst der Innensenatorin, der Polizeipräsidentin und aller Polizeibeamten, verstößt!

Auch das sowjetische Lied ›Der heilige Krieg‹ richtet sich klar auf den Kampf gegen den Faschismus und darf daher nicht verboten werden! Sorgen Sie dafür, dass diese unsägliche Allgemeinverfügung unverzüglich aufgehoben wird, weil Sie sonst gegen Ihren Amtseid, als Senatorin, verstoßen.

Hochachtungsvoll

Gerhard Langguth, Sohn antifaschistischer Widerstandskämpfer

Spione aus dem Osten: Den alten Gegner im Visier und den Frieden im Blick

- TRANSITION NEWS (TRANSITION-NEWS.ORG) - Veröffentlicht am 23. April 2024 von TG

Ehemalige Agenten, Aufklärer und Analytiker der DDR-Nachrichtendienste haben sich am Samstag bei Berlin getroffen. Dabei ging es um mehr als nur die Erinnerung an die Zeit als «Kundschafter des Friedens». Die Analyse der gegenwärtigen Verbrechen des westlichen Imperialismus, ihres alten Gegners, beschäftigte sie ebenso.

Sie waren nach eigenem Verständnis «Kundschafter des Friedens», die Agenten oder Spione und Aufklärer der DDR. Sie waren entweder für die Hauptverwaltung A (HV A) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) oder für die Verwaltung Aufklärung der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR tätig.

Heute sind sie meist im hohen Alter und werden immer weniger, aber sie bleiben aktiv, soweit es ihnen möglich ist, und setzen sich weiter für die eine große Aufgabe ihres Lebens ein: den Frieden. Sie tun das heute unter anderem in der Arbeitsgruppe Kundschafter der «Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Hilfe» (GRH). Und sie treffen sich immer wieder, um sich auszutauschen, ob über die Erinnerungen an die eigene aktive Zeit oder über das aktuelle Geschehen in der Welt.

Am Samstag kamen die ehemaligen Agenten und Aufklärer wieder zusammen, dazu Gäste wie der ehemalige NVA-General Manfred Graetz und der russische Militärattaché Generalmajor Sergej Tschuchrow. Unter ihnen war auch der Militärgeschichtler Lothar Schröter, der sein aktuelles Buch über den Krieg in und um die Ukraine vorstellte.

Schröter beschreibt unter dem Titel «Der Ukraine-Krieg» die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO dabei. Er verwies bei dem Treffen der Ex-Kundschafter auf den norwegischen Politikwissenschaftler Glenn Diesen. Der hatte jüngst gegenüber den Deutschen Wirtschaftsnachrichten (DWN) erklärt:

«Der Ukraine-Krieg kann nur dann vollständig verstanden werden, wenn er als Ergebnis einer zusammenbrechenden Weltordnung und eines Kampfes um die Definition der nächsten Weltordnung betrachtet wird.»

Um das Geschehen zu verstehen, sei die klare Einschätzung der Abläufe wichtig, erklärte Militärgeschichtler Schröter. Dazu gehört für ihn auch der «Fahrplan für eine unipolare Welt», den die führenden Kräfte der USA aufgestellt hätten. Nachzulesen sei das unter anderem in dem Buch «The Grand Chessboard» (1997, auf Deutsch: «Die einzige Weltmacht») des US-Geostrategen Zbigniew Brzezinski.

Der Westen will ein schwaches Russland

Darin habe der Autor den Anspruch der USA auf globale Dominanz beschrieben, was bis heute gültig sei. Brzezinski hat dabei auch auf die wichtige Rolle der Ukraine als «geopolitischen Dreh- und Angelpunkt» bei der Schwä-

chung Russlands hingewiesen: «Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr», schrieb der 2017 verstorbene US-Geostratege. Die Kontrolle über den eurasischen Kontinent zu haben und zu behalten, gehöre seit Jahrzehnten zu den wichtigsten Zielen der US-Politik, erinnerte Schröter. Deshalb sei dem Westen ein schwaches Russland wie in den 1990er Jahren unter Boris Jelzin lieber als ein selbstbewusstes und gestärktes wie unter Wladimir Putin. Die Ukraine werde benutzt, um Russland als Machtfaktor auszuschalten und so die unipolare Ordnung aufrechterhalten zu können. Der angestrebten Hegemonie des US-geführten Westens diene auch die NATO-Osterweiterung. Mit dieser seien die nach dem Ende der Systemauseinandersetzung ab 1989 getroffenen Vereinbarungen, um die Trennlinien in Europa zu beseitigen und eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen, ad acta gelegt worden.

Mit Blick auf den Ukraine-Krieg zitierte Schröter – wie im Buch auch – Alain Juillet, ehemaliger Chef des französischen Auslandsgeheimdienstes DGSE. Der hatte im Dezember 2022 in einem Interview erklärt, die USA hätten den Krieg «unbestreitbar provoziert und seit 2014 alles getan, um Russland in einen Krieg zu stürzen». Der russische Einmarsch sei ein Fehler, «aber die Amerikaner haben alles dafür getan».

Die NATO sei in der Ukraine so aktiv, «um den Krieg gegen Russland zu führen», so Juillet, der auch sagte: *«Ohne die NATO wäre die Ukraine tot!»*

Schröter brachte in seinem Vortrag vor den ehemaligen Agenten und Geheimdienstanalytikern weitere Belege für die Rolle des Westens im Krieg in und um die Ukraine. Im Buch stützt er seine Aussagen und Erklärungen für das Geschehen auf Quellenangaben in über 600 Fußnoten.

Russlands Schwur «Nie wieder!»

Er verwies auf die Informationen zu deutlichen Kriegsvorbereitungen auf ukrainischer Seite und mit westlicher Unterstützung gegenüber den ostukrainischen Volksrepubliken. Aufgrund der Anzeichen für eine Ausweitung des seit 2014 laufenden Krieges Kiews gegen die abtrünnigen Regionen im Donbass – entgegen der Minsker Vereinbarungen – habe Moskau sich im Februar 2022 zum Eingreifen entschlossen. Damit habe die zweite Phase des Krieges in der Ukraine begonnen.

Mit einem Zitat von Niccolò Machiavelli wies er auf die Verantwortung für das Geschehen hin: «Nicht, wer zuerst die Waffen ergreift, ist Anstifter des Unheils, sondern wer dazu nötig.» Der französische Philosoph der Aufklärung Charles-Louis de Montesquieu habe festgestellt:

Diejenigen, die den Krieg ausgelöst haben, dürften nicht mit denjenigen verwechselt werden, die ihn unvermeidlich gemacht haben.

Die russische Führung sei angesichts der zunehmenden NATO-Aktivitäten in der Ukraine und der dortigen Vorbereitungen auf einen Angriff auf den Donbass und die Krim sicher, dass ein neuer «22. Juni» drohe. Am 22. Juni 1941 hatte das faschistische Deutschland die Sowjetunion vertragsbrüchig überfallen und einen Vernichtungskrieg gestartet, den das Land bis zu seinem Sieg über den Faschismus mit mehr als 25 Millionen Toten bezahlte.

Einen solchen Überfall in der Zukunft um jeden Preis zu verhindern, sei die «Nummer Eins» der russischen Staatsdoktrin, betonte der Militärgeschichtler. «Nie wieder!» sei die Lehre aus dem 22. Juni vor 83 Jahren.

Vor dem damaligen faschistischen Überfall hatte unter anderem Richard Sorge gewarnt, ein deutscher Journalist, der als Kundschafter für die Sowjetunion in Japan arbeitete und 1944 hingerichtet wurde. An ihn werde in Russland in diesem Jahr aus Anlass seines Todes vor 80 Jahren ausführlich erinnert, berichtete der russische Militärattaché Tschurchow den ehemaligen DDR-Kundschaftern. Die überreichten ihm Materialien, die an Sorge erinnern, damit sie in Ausstellungen in Russland gezeigt werden können.

Der russische General dankte den früheren Agenten und Aufklärern unter anderem dafür, dass sie ihre Ideale bis heute nicht verraten «und ganz viel für den Frieden gemacht» hätten, auch wenn einige von ihnen nach 1990 lange Haftstrafen verbüßen mussten. Es sei heute «enorm wichtig», die Geschichte zu kennen und für die Wahrheit zu kämpfen, so der Attaché. Russland kämpfe heute wieder gegen Faschismus und «nicht gegen die Ukraine», die nur Werkzeug der NATO als Gegner Russlands sei.

Der Nahe Osten im Visier des Westens

Wie der Westen überall auf der Welt seine Interessen bis heute durchzusetzen versucht, zeigte in einem weiteren Vortrag bei dem Treffen die Journalistin Karin Leukefeld. Die Nahost-Korrespondentin beschrieb die geopolitischen Interessen im mehr als ein Jahrhundert andauernden Konflikt um Palästina, welcher die Region, das Land und seine Menschen nicht zur Ruhe kommen lässt.

Leukefeld erinnerte daran, dass es dabei um einen Teil des sogenannten «fruchtbaren Halbmondes» mit seinen jahrtausendealten Kulturen geht. Er habe als Wiege der europäischen Zivilisation eine wichtige Rolle in den vergangenen Jahrhunderten gespielt, betonte sie.

«Das wird heute komplett vergessen, wenn man über die Region spricht. Das hört sich so an, als ob die da alle auf den Bäumen sitzen würden be-

ziehungsweise im Sand sich nur gegenseitig umbringen. Wie es dazu gekommen ist, hat ja eine Geschichte.»

Die Region habe einst eine Brückenfunktion zwischen den Kontinenten und Ländern gehabt und sei mit der alten Seidenstraße über Jahrhunderte wichtig für den Handel gewesen. Leukefeld ging in ihrem Vortrag auch auf die zerstörerische Rolle der westlichen Kolonialmächte, vor allem Grossbritanniens nach dem Ende des Osmanischen Reiches in Folge des Ersten Weltkriegs ein.

Sie erinnerte dabei an das britisch-französische Sykes-Picot-Abkommen, mit dem London und Paris 1916 den Nahen Osten aufteilten, ebenso wie an US-amerikanische Untersuchungen der King-Crane-Commission 1919. Deren Bericht nach Studien vor Ort habe Regelungen für die Region vorgeschlagen, die dieser ein anderes Gesicht als das heutige verliehen hätten: mit einem kurdischen Staat, einem syrisch-palästinensischen-jüdischen Staat, einem Staat Mesopotamien, einem armenischen Staat, einer Rumpf-Türkei – und ohne einen eigenständigen jüdischen Staat.

«A peace to end all peace»

Doch Paris und London hätten die US-Kommission nicht nur mit medialer Hetze begleitet und sie zu verhindern versucht. Der King-Crane-Report sei für die Pariser Friedensverhandlungen 1919 bestimmt gewesen, aber dort ignoriert worden, so Leukefeld. Damit habe sich die französisch-britische Teilung der Region, einschliesslich eines eigenständigen jüdischen Staates, durchgesetzt.

Ein zeitgenössischer britischer Beobachter habe das Pariser Friedensabkommen als «A peace to end all peace» («Ein Frieden, der jeden Frieden beendet») bezeichnet. «Das errichtete Haus ist auf Sand aufgebaut», habe damals die italienische Zeitung Tempo geschrieben und gewarnt, dass es den Anstürmen der missachteten Interessen der Einheimischen nicht standhalten werde.

«Teile und herrsche» – dieses Prinzip der Aufteilung eigentlich zusammenhängender Gebiete sei nach dem Ersten Weltkrieg von den westlichen Mächten im Nahen Osten bis heute fortgesetzt worden, machte die Journalistin deutlich. Dies gilt ebenso für die Vorgänge auf dem Gebiet der einstigen Sowjetunion, wie der Ukraine-Krieg zeigt.

Leukefeld beschrieb den Gang der Ereignisse bis heute, einschliesslich des Auftritts des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu vor der UN-Vollversammlung im September 2023. Dabei zeigte dieser eine Karte des «Neuen Nahen Ostens», auf der es kein Palästina mehr geben würde. Ebenso erinnerte sie daran, dass der Gaza-Streifen seit 2007

komplett von Israel blockiert wurde.

«Die tiefe Wunde im Mittleren Osten ist Palästina.»

Deshalb sei es für Kenner der Lage keine Überraschung gewesen, was am 7. Oktober 2023 geschah, als die palästinensische Organisation Hamas Israel angegriffen hat. Nur die westliche Welt sie «komplett schockiert» gewesen und die westlichen Medien hätten «außerordentlich deutlich einseitig» berichtet.

Im Netz der Geopolitik gefangen

Die Bevölkerung der Region, ob als Akteur, ob als Flüchtling oder als Stellvertreter-Regierung, sei «gefangen im Netz der Geopolitik». Dieses werde zum einen vom westlichen Block der alten Kolonialmächte bestimmt und zum anderen vom Block des Ostens und Südens mit Russland China und den einstigen Kolonien. Die USA hätten rund um die arabische Halbinsel Militärstützpunkte platziert, um die Seewege und Handelsrouten, vor allem den Öltransport kontrollieren zu können.

Heute gehe es zunehmend auch um Erdgas, erklärte Leukefeld mit Hinweis auf die Erdgasfelder im Mittelmeer, die von der Europäischen Union (EU) ins Visier genommen worden seien. Während regionale Akteure wie Jordanien und Ägypten von den USA abhängig seien, würden andere wie die Golfstaaten zunehmend die Zusammenarbeit mit China und Russland suchen.

Der «große Fehler des Westens» sei, dass dessen Regierungen die eigene Politik und deren Folgen in der Region nicht reflektierten:

«Das ist auch nicht ihr Interesse. Sie haben Interesse, zu kontrollieren und auszubeuten.»

Die gegenwärtige Debatte um den Konflikt zwischen Israel und Iran zeige, dass es immer nur um Konfrontation gehe, um die eigenen westlichen Interessen durchzusetzen. Die Region sei durch den mehr als zwanzigjährigen US-geführten «Krieg gegen den Terror» zerstört und habe in der Folge viele Probleme.

Eine klare Aussage

Dabei wollten die Länder im Nahen Osten und ihre Menschen nichts anderes, «als dass sie miteinander dort kooperieren und Handel treiben können und wieder aufbauen können». Die Chance dafür würden sie bei China und Russland sehen. «Und alle diese Länder wenden sich nach Osten. Das ist eine ganz klare Aussage.»

Die westliche Politik im Nahen Osten habe die Lebensgrundlagen und -perspektiven der Menschen zerstört. Leukefeld forderte «viel mehr Kritik daran» auch in Deutschland ein, insbesondere von den Medien. Das jüngste G7-Treffen habe erneut gezeigt: «Sie reden über die Region, als wäre das ihr Gebiet.»

Die G7-Staaten hätten einen Katalog von Vor-

schriften für die Länder der Region aufgestellt – «über ein Gebiet, das Ihnen überhaupt nicht gehört». Sie erinnerte am Ende an Julian Assange, der unter anderem die gegenwärtigen westlichen Verbrechen in der arabischen Welt aufdeckte und dafür im Gefängnis sitzt.

Die ehemaligen Kundschafter, Aufklärer und Analytiker dankten Leukefeld mit Beifall und interessierten Fragen. Einer der Gäste stellte fest: «Es ist der alte Imperialismus, wie er sich geschichtlich zeigte und auch heute zeigt.»

Leukefeld forderte in der Debatte dazu auf, die westliche Politik, auch die Deutschlands, klar zu analysieren. Und sie verwies darauf, dass im heutigen globalen Süden zunehmend versucht werde, der «zerstörerischen Macht» des Westens entgegenzutreten und miteinander zu kooperieren.

Buchtipp: Lothar Schröter: «Der Ukraine-Krieg – Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO», edition ost 2024, 348 Seiten, ISBN 978-3-360-02815-0, 32 Euro.

Quelle: Hintergrund: Fragen zur Epoche, Perspektiven auf den Ukraine-Krieg und Erinnerungen an die DDR - 26. Mai 2023

KOMMENTARE zum TEXT

24. April, 01:47, von Klaus Neumann
Hauptschuldiger an dem Krieg in der Ukraine: Deutschland unter Dr. Merkel. Als besonders devoter Speichellecker der US-Politik, „Schröder doesn't speak for all Germans“, Washington Post, als sich der damalige Bundeskanzler Schröder weigerte, an dem Überfall auf den Irak bei der Koalition der Willigen mitzumarschieren, hat Dr. Merkel Minsk II zusammen mit den USA dazu benutzt, um „die Ukraine stark zu machen“. Zeit Interview. Nach Tucker Carlson dürfen wir annehmen, dass die USA in weiser „Vorraussicht“ in der Ukraine auch taktische Atomwaffen, „sensibles nukleares Material, das in keinem Fall in die Hände der Russen fallen darf“, so f++k EU Nuland vor dem US-Senat, wurde auf youtube gelöscht die Stelle, in einigen der vielen ICM-Silos aus Sowjetzeiten für die Jungs der 101st. Airborne, die seit zwei Jahren in Rumänien den Krieg gegen die RF in der Ukraine übt, eingelagert wurden. Die aktuelle Lage hat dank der besonders charakterlosen ehemaligen Bundeskanzlerin Dr. Merkel, die in besonders widerlicher Form für die ganz grosse „Bollitiek“ gegen Art. 2 des Einigungsvertrages verstoßen hat

„Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet (lesen Sie weiter auf Seite 8)

sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.

l.c. <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag/44114/artikel-2/>
eine Brisanz, die wir in den Folgen für Deutschland, das sich gerade mit den Sanktionen gegen Russland für die USA ruiniert und wahrscheinlich noch mehr, überhaupt nicht abschätzen können. Alle Verantwortlichen werden belangt werden. Die kleinen Schreihälse wie das Friedenslamm Strack - Zimmemann. der besonders charaktvolle Herr Hofreiter, der im Verkehrsausschuss dann „vergessen“ hatte, was er in Stuttgart zu Stuttgart 21 wusste oder Frau Bärbock, die alle nicht wissen, was sie tun, werden in der Versenkung verschwinden. Wir sind nach indischer Zeitrechnung bereits im Satya Yuga. Die Erde ist physikalisch in einen anderen Schwingungszustand eingetaucht. Meint auch die NASA. Diese Dinge wie von den USA in der Ukraine inszeniert werden keinen Bestand haben. Bis jetzt hat uns ein überlegt überlegen handelnder russischer Präsident, der nach der Veröffentlichung des MekeI-Interviews in der Zeit ganz offensichtlich an seinen Reaktionen abzulesen, alle Schwierigkeiten hatte, sich gegen die Falken zu behaupten, vor dem Schimmsten bewahrt. Und das wird auch so bleiben. Meine ich mal. Schauen wir nach vorne.

23. April, 22:19, von Jürgen Köhler
Tilo, eine perfekte Zusammenfassung ist dir wieder gelungen.

„Der Schatten im Schatten“ von Beatrice Altman-Schevitz Verlag Das Freie Buch



„Ich begriff schnell, dass wir angeworben werden sollten, für die DDR in Westdeutschland zu arbeiten. Hier könnten wir tatsächlich etwas tun, besonders als Amerikaner. Für uns beide stand fest, dass der Kalte Krieg ein Krieg war, der nur ein Ziel kannte: die Überwindung des Sozialismus. Wir lebten in dem Brennpunkt zwischen Ost und West. Wir waren jung und hatten Kraft und Energie, die wir nutzen konnten, um den Frieden zu sichern.“

Die Lebensgeschichte von Beatrice Altman-Schevitz und Jeffrey Schevitz, zwei US-Amerikanern, die in der Bundesrepublik für die DDR spionierten.

Im „Kalten Krieg“ wollten sie einen Beitrag leisten, um den heißen Krieg zu verhindern, und zugleich den sozialistischen Aufbau im Osten Deutschlands zu stärken. 1994 enttarnt,

führten sie Bundesanwaltschaft und deutsche Gerichte mit der Legende in die Irre, für die CIA gearbeitet zu haben.

In ihrer Autobiografie beschreibt die Autorin, wie sie – aus einer konservativen jüdischen Familie in Buffalo/New York stammend – den linksgerichteten Soziologieprofessor Jeffrey Schevitz kennenlernt, mit ihm nach Westdeutschland zieht und dem Wunsch widersteht, in die DDR überzusiedeln. Stattdessen beschaffen sie im Westen Informationen und übermitteln sie an die Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit. Als „Kundschafterin des Friedens“ trat sie für Ideale ein, die sie bis heute nicht aufgegeben hat.

Vorsitzender: Joachim Bonatz
Postanschrift: ISOR e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Herausgeber: ISOR e.V.
V.i.S.d.P: Lothar Schlüter
Redaktion: Lothar Schlüter
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Layout: Ulrike Schiga, LibelleDeko
Herstellung: Druckerei Gottschalk
Internet: www.isor-sozialverein.de

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich Sinn wahrende Kürzungen vor.

Impressum

Redaktionsschluss: 21.05.2024
Print- und Internetausgabe: 03.06.2024
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
18.06.2024

Kommissarische Geschäftsführerin: Anja Mewes
Di: 9-16 Uhr/ Mi: nach telef. Vereinbarung
Tel.: 030 297843-16
Fax: 030 297843-20
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Rente/Soziales: Peter Ott
Di/ Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-15
E-Mail: isor-berlin@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck
Di: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-17
E-Mail: isor-finanz@t-online.de

Finanzen: Sonja Franz,
Mo-Do: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-19
E-Mail: isor-finanz2@t-online.de

Mitgliederbewegung: Bernd Hartmann
Mi: 8-15 Uhr
Tel.: 030 297843-17
E-Mail: isor-stat@t-online.de

Unsere Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEBEXX